

Herr Golinski verweist auf die Informationsvorlage. Die Formulierungen seien so gewählt, damit sie auch in einem realistischen Szenario umgesetzt werden können. So liegt bspw. der Ausbau von Windenergie nicht vollumfänglich in den Händen der Gemeinde.

Herr Golinski erklärt das Instrument der Live Umfrage. Nach der Vorstellung der Maßnahmen der einzelnen Handlungsfelder, werden die angemeldeten Fragen zu den einzelnen Punkten erörtert.

Handlungsfeld 1: Mobilität

1.4 Car-Sharing von Privat- und Dienstfahrzeugen via APP oder „Dorf-Auto“

Die Nutzung wird in Frage gestellt. Frau Schulze erklärt, dass geplant sei, den Dienstwagen und ein 2. Fahrzeug (E-Auto) für das Car-Sharing anzubieten.

In diesem Zusammenhang wünscht sich RM Geisel einen Bürgerbus, welcher nicht nach Fahrplan, sondern nach der Nachfrage fährt.

1.6 Unterstützung des Verleihs von Fahrrädern und (Lasten-) Pedelecs oder weiterer Sharing-Systeme

Frau RM Hillrichs gibt zu bedenken, dass ein Fahrradverleihsystem für Marienheide nicht umsetzbar erscheint.

Frau Schulze führt aus, dass man dieses auch nur kreisweit denken kann. So müsse z.B. sichergestellt werden, dass ein Fahrrad in Marienheide ausgeliehen und in Gummersbach wieder abgegeben werden kann.

Herrn SB Schäfer fehlt in dem Konzept der Bürgerbus.

1.9 Fortlaufende Prüfung zur Verbesserung der Radwegenetze

SB Schäfer regt an, die Maßnahme klarer zu formulieren. Denn eine bloße Prüfung schaffe noch lange keinen wirklichen Nutzen. Konkret solle dort als Maßnahme stehen, dass die Gemeinde das Radwegenetz verbessert.

Verwaltungsseitig könne man mit dem Formulierungsvorschlag „leben“.

RM Dr. Hanke weist jedoch darauf hin, dass es auch Aufgabe der Politik sei, die Umsetzung der Maßnahmen immer wieder bei der Verwaltung zu erfragen. Es bestehe immer eine Mitwirkungsverpflichtung der Politik. Daher wäre die getroffene Formulierung für ihn vertretbar.

Herr Golinski schlägt vor, die Anregung zur konkreteren Formulierung der Maßnahme 1.9 auf Grundlage der Aussage von Herrn SB Schäfer zu übernehmen. Es gibt keine gegensätzlichen Äußerungen. Die Anregung wird somit aufgegriffen.

1.10 Prüfung und Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes

Es gibt ein Mobilitätskonzept des OBK, dieses kann jedoch bei 13 Kommunen nicht unbedingt den Ansprüchen jeder einzelnen Kommune gerecht werden, wenngleich es natürlich wichtig sei, dass man Mobilitätsprojekte kreisweit denkt. Man sei sich allerdings verwaltungsseitig auch noch unentschieden, ob es tatsächlich eines Mobilitätskonzeptes für Marienheide bedarf, da bereits viele Maßnahmen in der Planung

bzw. Umsetzung seien (z.B. Ladesäulen, Car-Sharing, Mobilstationen, etc.). Man könne auch bspw. nur über ein Radwegekonzept nachdenken.

Auf Nachfrage von Herrn Golinski, ob die Maßnahme 1.10 aus dem Konzept genommen werden soll, gibt es keine Zustimmung. Die Maßnahme 1.10 wird somit beibehalten.

2. Erneuerbare Energien

2.1 Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen im Bereich Windenergie und Ableitung möglicher dadurch resultierender Potenziale

SB Schäfer regt folgenden Formulierungsvorschlag an: „Unterstützung von Initiativen zum Bau von Windenergieanlagen mit Bürgerbeteiligung.“

Nach kurzer Diskussion schlägt Herr Golinski vor, die Formulierung der Maßnahme 2.1 auf Grundlage der Aussage von Herrn SB Schäfer zu übernehmen. Es gibt keine gegensätzlichen Äußerungen. Die Formulierung wird somit übernommen.

RM Geisel erkundigt sich, ob PV-Anlagen in einem Kataster erfasst seien. Es gäbe ein Solarkataster des Kreises. Dies könne natürlich nur sehr grobmaschig sein und erste Anhaltspunkte liefern, so Herr Dreiner.

2.5 Beobachtung der Umsetzungsmöglichkeiten im Bereich erneuerbare Wärmenutzung und Ableitung möglicher dadurch resultierender Potenziale

SB Schäfer regt an, das Wort „Beobachtung“ durch „Unterstützung“ zu ersetzen. Dieser Vorschlag wurde allgemein angenommen.

Handlungsfeld 4: Stadtentwicklung

4.1 Klimaschutzleitlinien in der Bauleitplanung als Beschluss

Die Frage von SB Däinghaus zum Regelungsumfang zur Bauleitplanung wird von Herrn Dreiner beantwortet.

Handlungsfeld 5: Klimaanpassung

5.1 Entwicklung einer Konzeption für die zukünftige Entwicklung der Gemeindewälder mit Fokus auf gezielte Aufforstung vom Mischwälder

SB Schäfer regt an, das Wort „Aufforstung“ durch „Wiederbewaldung“ zu ersetzen. Der Vorschlag wird von Herr Golinski befürwortet.

5.2 Erstellen einer Baumschutzsatzung für ausgewählte Bäume

RM Dr. Hanke gibt zu bedenken, dass Baumschutzsatzungen oft zu Gerichtsprozessen führen würden und regt an, einzelne Bäume als Naturdenkmal festzusetzen. Diese Festsetzung obliegt jedoch dem Kreis in seiner Funktion als Träger der Landschaftsplanung. Geplant sei lediglich auch nur die Festsetzung einzelner, schutzwürdiger Bäume, die nicht im planungsrechtlichen Außenbereich liegen, so Herr Dreiner.

SB Schäfer regt an, Herrn Schmitz (NABU Oberberg) und einen Förster für eine Vorstellung/Information zum nächsten AKU einzuladen.

Herr Golinski informiert den Ausschuss darüber, dass diese Maßnahme auch gestrichen werden könne, da sie nicht zur CO₂-Einsparung beitrage.

Abstimmung: angenommen, bei 2 Gegenstimmen; Die Maßnahme 5.2 wird gestrichen.

Handlungsfeld 8: Gewerbe

8.1 Kreisweite Beratungsangebote bzw. Vernetzungstreffen

Herr Golinski verweist auf die Wirtschaftsförderung des OBK, die bereits seit vielen Jahren mit Unternehmen im Kontakt stehe und dort auch das Know-how vorhanden sei. SB Schäfer bejaht dies und verweist ebenfalls auf die IHK und die Handwerkskammern. Er gibt zu bedenken, dass die Handlungsfähigkeit der Gemeinde in Bezug auf die Unternehmen beschränkt sei.

Herr Golinski erklärt, dass die Wirtschaftsförderung des OBK und der kommunale Klimaschutz des OBK zukünftig eine Kooperation anstreben. Ziel sei es, den Unternehmen des OBK alle klimaschutzrelevanten Themen näher zu bringen und gleichzeitig Handlungsmöglichkeiten im Sinne des Klimaschutzes aufzuzeigen.

Herr SB Schäfer äußert seine Bedenken, dass der Fokus überwiegend auf den größeren Unternehmen liegt und die kleinen Unternehmen evtl. nicht genügend Beachtung erhalten.

Von Seiten des Ausschusses wird zusätzlich angeregt, das Handlungsfeld 8 Gewerbe um die „Landwirtschaft“ und den „Forst“ zu ergänzen.

Herr Golinski bittet bei Bedarf um zeitnahe Rückmeldung, falls Interesse an der Zusammenarbeit bei den detaillierten Maßnahmensteckbriefen besteht. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass Handlungsfelder, die einzeln nicht umsetzbar seien, nicht entfallen, wenn sie zusammengeführt werden.